



KAS INTERNATIONAL

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTABTEILUNG **EUROPÄISCHE UND INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**

mit Vertrauen

IN DIE ZUKUNFT

Mit dem Jahresmotiv 2017 „Mit Vertrauen in die Zukunft“ setzt sich die Konrad-Adenauer-Stiftung zum Ziel, das Vertrauen in die Demokratie ebenso zu stärken wie das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit unseres Landes. Vor allem junge Menschen sollen ermuntert werden, sich ihrer Gestaltungsmöglichkeiten bewusst zu werden und sie zu nutzen. Denn Zukunft ist nicht Schicksal, sondern beinhaltet einen Auftrag zur Gestaltung.



POLITISCHER DIALOG:

Papst Franziskus empfing die Teilnehmer des „VI. Internationalen Forums zur Migration und zum Frieden“ in Rom.



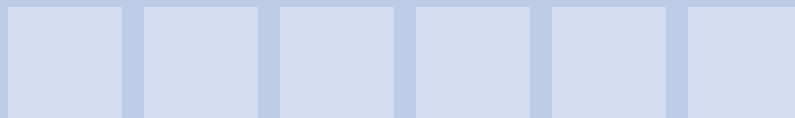
POLITISCHER DIALOG:

Eine hochrangige mexikanische Delegation traf in Berlin mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zusammen.



EUROPAPOLITIK:

Altbundespräsident Christian Wulff appellierte in Brüssel an die junge Generation, die europäische Idee neu zu beleben.



SCHWERPUNKTTHEMA:

DEMOKRATIE UND RECHTSSTAAT UNTER DRUCK

Wählerbestechung in Kenia: Ausverkauf der demokratischen Kontrolle stoppen

Am 24. Februar präsentierte die KAS Kenia eine Studie zur weitverbreiteten Praxis des Kaufs von Wählerstimmen. Alle relevanten Fernsehstationen und Zeitungen berichteten über die Veranstaltung; einige Fernsehsender, wie der kenianische Nachrichtensender KTV, auch live.



Die Studie wurde 2016 zusammen mit lokalen Partnern in zehn Counties Kenias durchgeführt. Daran nahmen Mitglieder von Jugendverbänden politischer Parteien, aktive Politiker sowie Repräsentanten der Zivilgesellschaft teil. Von 514 befragten Personen gaben 56 Prozent an, dass sie schon einmal Geld von einem Kandidaten für ein politisches Amt entgegengenommen hätten. 24 Prozent gaben zu, bereits aktiv Wählerstimmen gekauft zu haben.

In den Folgetagen wurde das Thema Wählerbestechung in Kenia breit diskutiert, verstärkt auch durch eine leicht lesbare Version der Studie in Swahili sowie durch gezielte Nutzung sozialer Medien. Die KAS Kenia wird das Thema Wählerbestechung bis zu den Wahlen im August durch gezielte Beiträge in den sozialen Medien im öffentlichen Bewusstsein wachhalten und hofft, hiermit einen Beitrag zu fairen und friedlichen Wahlen zu leisten.

INHALT

- Seite 2
Editorial
- Seite 3
Schwerpunktthema
- Seite 4
Politischer Dialog
- Seite 9
Demokratie und Entwicklung
- Seite 12
KAS-Panorama
- Seite 14
Europapolitik
- Seite 15
Werte- und Religionsdialog
- Seite 16
Wirtschafts- und Sozialordnung
- Seite 18
Rechtsstaat
- Seite 20
Medien
- Seite 22
Energie-, Klima- und Umweltpolitik
- Seite 23
Namen und Gesichter
- Seite 24
Neuerscheinungen

Wavinya Ndeti, stellv. Vorsitzende des Centre for Multi-Party Democracy (CMD), Dr. Jan Cernicky (KAS Kenia) und Honorable Omingo Magara, Vorsitzender des CMD, betrachten die Studie „Voter Bribery as an Election Malpractice in Kenya“.

■ EDITORIAL

LIEBE LESERINNEN UND LESER,



Konrad Adenauer, dessen 50. Todestag wir in diesem Jahr begehen, hat einen herausragenden Beitrag dazu geleistet, dass Deutschland eine stabile freiheitliche Demokratie wurde. Es ist sein großes Verdienst, dass der demokratische Rechtsstaat seitdem zu den Grundfesten unseres Landes gehört und zur unabdingbaren Voraussetzung für die einzigartige Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik wurde. Und trotzdem: Heute, 50 Jahre nach dem Tode des ersten Kanzlers der Bundesrepublik, scheint die Demokratie als Staatsform und mit ihr das Wertesystem der freiheitlichen Welt mehr denn je in Gefahr. Mit dieser Ausgabe erinnern wir als Konrad-

Adenauer-Stiftung nicht nur an unseren Namensgeber, sondern auch an die zahlreichen Erfolge der Demokratie weltweit.

Die Idee der liberalen Demokratie und die westlichen Freiheitswerte werden derzeit von mehreren Seiten bedroht. Populisten unterschiedlichster Couleur schüren Zweifel an den Errungenschaften der Europäischen Union und der westlichen Zivilisation. Deutlich zugenommen haben überdies die Versuche autoritärer Regime, demokratische Gesellschaften zu unterwandern. Die intensiven Diskussionen um einen möglichen Einfluss von Fake News und russischen Hackerangriffen auf die US-Wahlen sind nur eines von vielen Beispielen. Eine andere Bedrohung stellt der islamistische Terrorismus dar, der auch in Europa inzwischen blutige Realität geworden ist. Dschihadisten aus dem In- und Ausland verüben Anschläge mit dem Ziel, die liberalen und offenen Gesellschaften des Westens zu destabilisieren und zu spalten. Der Anschlag am Berliner Breitscheidplatz hat auf schmerzliche Weise deutlich gemacht, dass die Terrorgefahr mittlerweile auch in Deutschland angekommen ist.

Politik und Zivilgesellschaft müssen sich diesen Herausforderungen stellen. „Demokratie muss gelebt werden“ – so lautet eine zentrale Botschaft Konrad Adenauers. Damit eine Demokratie funktioniert, braucht es Menschen, die mitwirken, sich engagieren und Verantwortung übernehmen – gerade auch in schwierigen Zeiten. Diese demokratischen Überzeugungstäter fördert und unterstützt die Konrad-Adenauer-Stiftung seit ihren Anfängen. Von Osteuropa, Spanien und Portugal bis hin nach Lateinamerika oder Asien haben wir dabei in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Erfolge erreichen können. Allerdings werden wir auch in Zukunft nicht locker lassen, denn internationale Kooperation ist gerade in Zeiten von Brexit, wirtschaftlichem und politischem Protektionismus und zunehmender staatlicher Instabilität in zahlreichen Weltregionen wichtiger denn je. Gemeinsam mit unseren Partnern werden wir deshalb weiterhin einen entschlossenen Beitrag leisten, die freiheitlich-demokratische Ordnung zu verteidigen und weiterzuentwickeln.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen

Gerhard Wahlers

Dr. Gerhard Wahlers

Stellvertretender Generalsekretär

Leiter Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit



IMPRESSUM

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Europäische und
Internationale Zusammenarbeit
Klingelhöferstraße 23
D-10907 Berlin

Verantwortlich

Dr. Gerhard Wahlers

Redaktionsteam

■ Paul Linnarz
(Gesamtkoordination)
■ Dr. Anja Schnabel
■ Isabel Peter

■ *Politischer Dialog*
Dr. Patrick Keller
Dr. Kristina Eichhorst
■ *Demokratie und Entwicklung*
Winfried Weck
■ *Europapolitik*
Olaf Wientzek
■ *Werte- und Religionsdialog*
Dr. Otmar Oehring
■ *Wirtschafts- und Sozialordnung*
David Gregosz
■ *Rechtsstaat*
Dr. Franziska Rinke
■ *Medien*
Rahma Janetzke
■ *Energie-, Klima- und Umweltpolitik*
Jasper Eitze

Kontakt über:
vorname.nachname@kas.de

Gestaltung

SWITSCH
KommunikationsDesign, Köln

Bildnachweis

KAS
Seite 1 und 4
(Papst Franziskus):
© Osservatore Romano /
Agenzia Romano Siciliani

© 2017
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.



ClimatePartner[®]
klimaneutral



Die Vorsitzende der Vereinigung FrauenGERB, Irena Sokolova, und der Leiter der KAS Bulgarien, Thorsten Geißler

SCHWERPUNKTTHEMA ■

VERANTWORTUNGSBEWUSSTE REGIERUNG ODER POPULISMUS?

Populistische Parteien und Politiker spielen in Europa und weltweit in letzter Zeit eine immer größere Rolle. Auch in Bulgarien ist dieses Phänomen zu beobachten. Vor diesem Hintergrund organisierte die KAS gemeinsam mit dem Verein „Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens“ (SGERB) vom 17. bis 19. Februar in Stara Zagora ein Seminar für etwa 160 Frauen aus ganz Bulgarien zum Thema „Verantwortungsbewusste Regierung oder Populismus“.

Im Zentrum der Veranstaltung standen die Informationsvermittlung und der Erfahrungsaustausch. Ein Teil des Seminars wurde in Form von Simulationsspielen durchgeführt, ein anderer Teil war Fachvorträgen sowie Diskussionen und Gesprächen in formeller und informeller Atmosphäre gewidmet. Auch der ehemalige bulgarische Ministerpräsident Bojko Borissov referierte auf der Veranstaltung. In seinen Ausführungen zog er eine positive Bilanz der Regierungsarbeit in den letzten zwei Jahren.

2. WORKSHOP DER STUDIENGRUPPE „CONSTITUTIONALISM IN ASIA“

VERFASSUNGSRECHTLICHE PRAXIS IN ASIEN

Welche Herausforderungen bringen politische Entwicklungen in Asien und weltweit, insbesondere der wachsende Populismus, für die Verfassungspraxis mit sich? Welche Rolle spielen vor diesem Hintergrund die verschiedenen Staatsgewalten und insbesondere die Justiz? Wie können Bürger – zumal angesichts der großen sozialen, kulturellen und ethnischen Diversität in der Region – in adäquater Weise in die Gestaltung der Verfassungsrealität einbezogen werden? Solche Fragen an der Schnittstelle von Recht und Politik diskutierten am 26. und 27. Februar 2017 zwölf Experten aus Rechtswissenschaft und Praxis aus Asien, Australien und Europa beim zweiten Treffen der 2016 gegründeten asiatischen Studiengruppe für Verfassungsrecht in Siem Reap, Kambodscha. Wie schon im vergangenen Jahr nahm auch der Präsident des Bundesfinanzhofes und ehemalige Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. h.c. Rudolf Mellinghoff am Workshop teil. Ergebnis der Veranstaltung: Patentlösungen gibt es nicht – das zeigt auch die internationale Politik derzeit. Doch ein stetiger Austausch darüber ist unerlässlich.

Mitglieder der Studiengruppe „Constitutionalism in Asia“ (6.v.l.: BFH-Präsident Prof. Dr. h.c. Rudolf Mellinghoff neben Gisela Elsner, Leiterin KAS-Rechtsstaatsprogramm Asien)



VERTRETER DER KUBANISCHEN ZIVILGESELLSCHAFT UND OPPOSITION ZU GAST IN DEUTSCHLAND

Präsident Raúl Castro hat angekündigt, 2018 zurückzutreten und Wahlen durchzuführen. Trotz großer Skepsis angesichts des nicht erkennbaren Willens der Castro-Diktatur, politisch Andersdenkenden Raum zu geben, wollen viele Gruppierungen und Einzelpersonlichkeiten diese Ankündigung nutzen, um eine Debatte über freie

und geheime Wahlen zu initiieren und eigene konkrete Vorschläge zur Ausgestaltung eines Wahlgesetzes vorzulegen.

Zu diesem Zweck konnte sich eine Delegation von Vertretern der kubanischen Zivilgesellschaft und Opposition mit den Grundzügen des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen eines Deutschlandseminars vom 20. bis 26. November 2016 vertraut machen. Die Teilnehmer tauschten sich u.a. mit hochrangigen Vertretern der CDU-Bundesgeschäftsstelle und des Auswärtigen Amtes sowie Mitgliedern des Bundestages aus. Zwei kubanische Teilnehmer berichteten außerdem im Rahmen eines „Berlingeflüsters“ eindrucksvoll von ihren persönlichen Erfahrungen mit dem Regime und der Lage auf Kuba.

Die Delegationsmitglieder finden sich zur Begrüßung in der Akademie der KAS ein.



■ POLITISCHER DIALOG

NACHHALTIGE UND DAUERHAFTES LÖSUNGEN IN DER FLÜCHTLINGSFRAGE

Am 21. und 22. Februar fand in Rom das „VI. Internationale Forum zur Migration und zum Frieden“ statt. Organisiert wurde die Veranstaltung zum Thema „Integration and Development: from Reaction to Action“ vom Internationalen Migrationsnetzwerk Scalabrini, der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem Dikasterium des Heiligen Stuhls für die ganzheitliche Entwicklung des Menschen. Den Auftakt bildete eine Audienz bei Papst Franziskus, der darauf hinwies, dass viele zeitgenössische Wanderströme Zwangsmigrationen seien. Der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments und Vorsitzende der KAS, Dr. Hans-Gert Pöttering, rief dazu auf, im Umgang mit Flüchtlingen „den Schutz der Menschenwürde jedes Einzelnen in den Mittelpunkt“ zu stellen.

Im Zentrum der Veranstaltung standen die Fragen, wie Integration in den Aufnahmeländern gelingen

und Migration zu mehr positiven Effekten in den Herkunftsländern beitragen kann. Das Forum ermöglichte einen Dialog zwischen Entscheidungsträgern aus Politik, Zivilgesellschaft und der katholischen Kirche.

Die Bundesregierung wurde durch den Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Hans-Georg Engelke, und den Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Thomas Silberhorn MdB, vertreten.



Dr. Hans-Gert Pöttering dankt Papst Franziskus für seinen weltweiten Einsatz für Flüchtlinge und Menschen unterwegs.

25 JAHRE DEUTSCH-UNGARISCHER FREUNDSCHAFTSVERTRAG

Anlässlich des 25. Jahrestages des deutsch-ungarischen Freundschaftsvertrages veranstaltete die KAS Ungarn in Kooperation mit dem Antal József Wissenschaftszentrum (AJTK) und der Stiftung für ein Bürgerliches Ungarn am 6. Februar ein Symposium mit über 140 Teilnehmern. Ádám Kéglér, stellvertretender Direktor des AJTK, und Frank Spengler, Leiter der KAS Ungarn, gingen in ihrer Begrüßung auf die traditionsreichen Beziehungen beider Länder ein. Zoltán Balog, Minister für Humanressourcen, erklärte in seiner Eröffnungsrede, dass es wichtig sei, die prosperierenden Beziehungen zwischen den Nationen aufrechtzuerhalten. Der Gesandte der Bundesrepublik Deutschland in Ungarn, Dr. Manfred Emmes, wies in seinem Grußwort darauf hin, dass die Errichtung eines gemeinsamen Europas bereits vor 25 Jahren im Mittelpunkt des politischen Handelns gestanden habe. Dr. Péter Györkös, ungarischer Botschafter in Deutschland, erklärte, dass es in Ungarn vor einem Vierteljahrhundert einen starken

gesellschaftlichen Konsens über die Unterstützung der deutschen Wiedervereinigung gegeben habe.

In der im Anschluss stattfindenden Podiumsdiskussion waren sich die Teilnehmer darin einig, dass der deutsch-ungarische Freundschaftsvertrag einen Meilenstein in der Geschichte der beiden Nationen darstelle.



Teilnehmer der Podiumsdiskussion v.l.: Gergely Pröhle, Direktor des Petöfi Literaturmuseums, Dr. István Hiller (MSZP), stellv. Vorsitzender der Ungarischen Nationalversammlung, Arnold Vaatz MdB, stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Gergely Gulyás (Fidesz), stellv. Vorsitzender der Ungarischen Nationalversammlung, und Tobias Zech MdB, Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Der irakische Ministerpräsident Haider al-Abadi eröffnet das Sulaimaniyya Forum.

LÖSUNGSANSÄTZE FÜR EINE NACHHALTIGE STABILISIERUNG DES IRAK

Mit dem Fortschreiten der Mossul-Offensive ist ein militärischer Sieg über den sogenannten Islamischen Staat (IS) im Irak mittlerweile in greifbare Nähe gerückt. Politisch und wirtschaftlich steht der Irak aber weiterhin vor immensen Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund veranstalteten das KAS-Auslandsbüro Syrien/Irak und das Institute of Regional and International Studies der amerikanischen Universität in Sulaimaniyya am 8. und 9. März eine internationale Konferenz im Nordirak, um über dauerhafte und nachhaltige Lösungsansätze für den Irak und den Nahen Osten zu diskutieren.

Die Konferenz wurde vom irakischen Ministerpräsidenten Haider al-Abadi eröffnet. Neben zahlreichen hochrangigen kurdischen und irakischen Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Militär und Zivilgesellschaft nahmen auch Repräsentanten aus der Türkei, Saudi-Arabien und dem Iran an der Konferenz teil. Darüber hinaus zog die Konferenz ein breites Spektrum an internationalen Experten und Vertretern von UN, EU und europäischen Regierungen an. Die Teilnehmer stellten in den sieben Panels insbesondere die Notwendigkeit eines schnellen Wiederaufbaus der vom IS befreiten Gebiete heraus, um den Irak langfristig zu stabilisieren.

CDU-GENERALSEKRETÄR DR. PETER TAUBER
ZU BESUCH IN ISRAEL

NEUE SYNERGIEN FÜR LANGJÄHRIGE PARTNER

Die weitere Vertiefung der deutsch-israelischen Beziehungen stand im Mittelpunkt einer Reise von CDU-Generalsekretär Dr. Peter Tauber und einer Gruppe von Bundes- und Landtagsabgeordneten vom 21. bis 23. Februar nach Israel. Mit dem Sprecher der Knesset, Yuli Yoel Edelstein, und dem Vorsitzenden der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe, Nachman Shai, tauschten sich die Teilnehmer über gegenwärtige Herausforderungen beider Länder aus. Deutlich wurde dabei die große Strahlkraft der Rede von Angela Merkel 2008 in der Knesset, in der sie das Existenzrecht Israels als Teil der deutschen Staatsräson definiert hatte.

Im Mittelpunkt der Gespräche mit Botschafter Dr. Clemens von Goetze und dem deutschen Gesandten in den Palästinensischen Gebieten, Peter Beerwerth, standen u.a. die Zukunft der Zwei-Staaten-Lösung sowie die Rolle Deutschlands in diesem Prozess. Emotionale Höhepunkte der Reise waren der Besuch und die Kranzniederlegung in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem sowie das Zusammentreffen mit Schülern der Sha'ar HaNegev Schule im Grenzgebiet zum Gaza-Streifen. Viele Kinder sind durch den Raketenbeschuss traumatisiert. Die vielen Begegnungen machten deutlich, dass Simplifizierungen und Oberflächlichkeit die größten Hindernisse für den Frieden sind.



Dr. Michael Borchard (KAS Israel) und Marc Frings (KAS Palästinensische Gebiete) mit den Delegationsmitgliedern vor der Klagemauer in Jerusalem

■ POLITISCHER DIALOG

DELEGATIONSREISE VON DR. GERHARD WAHLERS NACH SAUDI-ARABIEN

Das Königreich Saudi-Arabien spielt nicht nur eine bedeutende Rolle für das Gleichgewicht der internationalen Beziehungen, sondern bleibt auch eine zentrale Triebkraft für regionale Entwicklungen. Gleichzeitig sieht sich das Land mit internen Herausforderungen, wie etwa dem gesunkenen Ölpreis und der hohen Jugendarbeitslosigkeit, konfrontiert. Vor diesem Hintergrund besuchte Dr. Gerhard Wahlers, Stellvertretender

Generalsekretär der KAS, das Königreich und traf dabei Vertreter aus Regierung, Schura-Rat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Organisiert wurde die Reise vom Regionalprogramm Golf-Staaten.

In den Gesprächen wurde deutlich, dass es neben vielfältigen Herausforderungen auch Ansätze für konstruktive Initiativen aus der saudischen Politik und Gesellschaft gibt, die zur weiteren ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung beitragen können. So wird etwa im Rahmen des Wirtschaftsprogramms „Vision 2030“ von den Bürgern größere wirtschaftliche Eigenverantwortung erwartet. Dieser Umbruch stellt auch den Gesellschaftsvertrag des Landes infrage und führt zu einer behutsamen Öffnung, einschließlich einer steigenden Partizipation von Frauen.

Dr. Gerhard Wahlers und Delegation beim Besuch der saudischen Arbeitsvermittlung für Frauen, Glowork, mit Herrn Khalid Al Khudair, Gründer und Geschäftsführer



Im Gespräch mit Vertretern des Institute of Diplomatic Studies in Riad

100 JAHRE BALFOUR-DEKLARATION

Anlässlich des 100-jährigen Jubiläums der Balfour-Deklaration organisierte die KAS Israel gemeinsam mit dem Jerusalem Centre for Public Affairs am 28. Februar eine Konferenz mit zahlreichen internationalen Experten. In der Einführung machte Dr. Michael Borchart, Leiter der KAS Israel, deutlich, dass die Erklärung eine direkte Beziehung zum Existenzrecht Israels habe, aber immer auch zu einem fairen Ausgleich mit den Palästinensern aufgefordert habe. Prof. Julius H. Schoeps, Leiter des Moses Mendelssohn Zentrums in Potsdam, wies in seinem Beitrag u.a. darauf hin, dass einige gegenwärtige Entwicklungen mit der ursprünglichen Idee der zionistischen Bewegung nichts gemein hätten. Die Völkerrechtlerin Prof. Ruth Lapidoth setzte sich mit der Frage auseinander, ob die Balfour-Deklaration ein gesetzlich bindendes Dokument sei oder als ein politisches Versprechen gewertet werden müsse. Eine klare Antwort darauf hatte der Rechtsexperte Dr. Jacques Gauthier:



Israelpreisträgerin Prof. Ruth Lapidoth

Das jüdische Volk habe einen rechtlichen Anspruch auf das biblische Palästina. Die historische Pflicht Deutschlands, eine jüdische Heimstätte zu unterstützen und gleichzeitig die Rechte aller Menschen im Heiligen Land zu wahren, wurde vom deutschen Botschafter Dr. Clemens von Goetze unterstrichen. Die kontroversen Vorträge machten deutlich, wie umstritten die Balfour-Deklaration bis heute ist.

1. „ASIA-EUROPE COUNTER-TERRORISM DIALOGUE“ IN SINGAPUR

Das Regionalprogramm Politikdialog Asien und Pazifik der Konrad-Adenauer-Stiftung und das International Centre for Political Violence and Terrorism Research (ICPVTR) an der S. Rajaratnam School of International Studies (RSIS) organisierten am 31. Oktober und 1. November 2016 den ersten gemeinsamen „Asia-Europe Counter-Terrorism Dialogue“ in Singapur.

Besonderer Höhepunkt waren die Reden von Dr. Günter Krings MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, und von YAB Dato' Seri Dr. Ahmad Zahid Hamidi, Stellvertretender Premierminister und Innenminister Malaysias, während der Keynote Session „New Threat Landscape in Asia and Europe“.

Die neue Initiative der KAS und des ICPVTR wird in Zukunft jährlich alternierend in Asien und Europa stattfinden. Die Konferenz bietet politischen Entscheidungsträgern, Vertretern von Ministerien und des operativen Bereichs der Terrorismusbekämpfung sowie Experten aus der Wissenschaft eine Plattform für Dialog und Austausch über aktuelle Entwicklungen im Bereich Extremismus/Terrorismus und gemeinsame Aktivitäten.



Dr. Günter Krings MdB (3.v.r.) und Dato' Seri Dr. Ahmad Zahid Hamidi (4.v.r.) mit dem deutschen Botschafter in Singapur, Dr. Michael Witter (1.v.r.), und den Organisatoren der KAS sowie des ICPVTR



Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel begrüßt den Vorsitzenden der PAN, Ricardo Anaya, im Konrad-Adenauer-Haus.

PAN-VORSITZENDER ANAYA TRIFFT BUNDESKANZLERIN MERKEL

Eine hochrangige Delegation der mexikanischen Partnerpartei PAN (Partido Acción Nacional) unter Leitung des Parteivorsitzenden Ricardo Anaya besuchte vom 12. bis 17. Februar 2017 Berlin. Die Gruppe tauschte sich mit der CDU-Vorsitzenden, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, und weiteren hochrangigen Entscheidungsträgern über Themen wie Wahlkampf und moderne Parteiorganisation, aber auch Migration und Perspektiven der deutsch-latein-amerikanischen Beziehungen vor dem Hintergrund der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten aus.

Die PAN ist seit der letzten Präsidentschaftswahl 2012 die größte Oppositionspartei und regiert gut ein Drittel der mexikanischen Bundesstaaten. 2016 konnte die Partei ihre Position auch auf kommunaler Ebene deutlich ausbauen. Angesichts der sich verschärfenden Krisensituation im Land werden der PAN gute Chancen bei den Landtagswahlen 2017 zugeordnet, vor allem im bevölkerungsreichsten Bundesstaat Mexiko.

■ POLITISCHER DIALOG

MARITIME KOOPERATION

AUFTAKT ZUM DEUTSCH-MYANMARISCHEN SICHERHEITSDIALOG

In Kooperation mit dem Myanmar Institute for Strategic and International Studies (MISIS) fand am 6. Dezember 2016 in Rangun eine internationale Konferenz zum Thema „Myanmar, the Maritime Domain and Maritime Cooperation in Asia“ statt. Teilnehmer waren hochrangige aktive und ehemalige militärische Oberbefehlshaber, Politikberater und Wissenschaftler aus Deutschland, Malaysia, Singapur und Südkorea. Die Veranstaltung bildete den Auftakt für von nun an jährliche Folgemaßnahmen, analog zu den bestehenden Sicherheitsdialogen der KAS in Ost- und Südostasien. Durch die Einbeziehung Myanmars in wichtige regionale und internationale sicherheitspolitische Diskurse soll der gegenwärtige Übergang des Landes zur Demokratie unterstützt werden. Der Konferenz folgte ein Expertengespräch zum Thema „Maritime Cooperation Perspectives for Myanmar“.



Aus Deutschland nahm der frühere Inspekteur der Bundesmarine, Vizeadmiral a.D. Lutz Feldt, an der Konferenz teil und trug europäische Erfahrungen zum Thema maritime Kooperation vor.

ARBEITSBEGINN DES NEUEN REGIONALPROGRAMMS AUSTRALIEN UND PAZIFIK DER KAS

Am 27. Februar 2017 hat das neue Regionalprogramm Australien und Pazifik mit Sitz in Canberra seine Arbeit aufgenommen. Arbeitsschwerpunkte sind Parteien- und Parlamentarierdialog, Außen- und Sicherheitspolitik, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Energie- und Klimapolitik sowie entwicklungspolitische Themenstellungen im Pazifik.

KOOPERATIONSPOTENZIALE IM SÜDCHINESISCHEN MEER

Am 18. November 2016 lud die Konrad-Adenauer-Stiftung auf den Philippinen zur internationalen Konferenz „Maritime Challenges in the Asia Pacific: Moving towards Political, Environmental, and Functional Cooperation“ ein. Die Veranstaltung, die in Kooperation mit dem Policy Center des Asian Institute of Management, dem Foreign Service Institute der Philippinen und der Ruhr-Universität Bochum organisiert wurde, konnte internationale Experten aus China, Malaysia, Vietnam und Deutschland begrüßen. Hochrangige Gäste aus Wirtschaft und Medien, Regierungsvertreter, Parlamentarier sowie Repräsentanten zahlreicher Botschaften beteiligten sich an den Diskussionsrunden.

Im Fokus der Konferenz standen künftige Handlungsoptionen nach der Entscheidung des internationalen Schiedsgerichts in Den Haag vom 12. Juli 2016, das

Chinas historische Ansprüche im Südchinesischen Meer zurückgewiesen hatte. Thematisiert wurden auch die ökologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen sowie das Erreichen von konkreten Fortschritten durch Zusammenarbeit. Die Konferenz war die zweite in einer Reihe, welche die Situation der Philippinen im Kontext regionaler Konflikt- und Kooperationspotenziale beleuchtet.

Die Organisatoren und Panel-Teilnehmer der KAS-Konferenz „Maritime Challenges in the Asia Pacific“





*Bundestags-
abgeordneter
Kiese Wetter im
Gespräch mit
Minister Sinjari
über die zukünftigen
politischen
Herausforderungen
in der ARK und
im Irak nach der
Befreiung Mossuls*

CDU-ABGEORDNETER RODERICH KIESEWETTER BESUCHT DIE AUTONOME REGION KURDISTAN

Vom 2. bis 4. März empfing das KAS-Auslandsbüro Syrien/Irak den CDU-Bundestagsabgeordneten Roderich Kiese Wetter in der Autonomen Region Kurdistan (ARK). Im Zeichen der fortgeschrittenen Mossul-Offensive standen bei dem Besuch insbesondere die zukünftigen sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und humanitären Herausforderungen in der ARK und im Irak im Vordergrund. Das Programm beinhaltete Gespräche mit Karim Sinjari, kurdischer Innenminister und Interim-Minister für Peshmerga, Abgeordneten des kurdischen Regional-

parlaments sowie Vertretern von ethnisch-konfessionellen Minderheiten und der Zivilgesellschaft. Über die humanitäre Lage in der ARK informierte sich Kiese Wetter beim Besuch der Flüchtlingslager Sharia und Dormiz in der Provinz Dohuk, in denen jesidische Binnenflüchtlinge und Flüchtlinge aus Syrien leben. Eine wichtige Rolle bei der Delegationsreise spielte auch die Zukunft der deutschen Material- und Ausbildungsunterstützung für die ARK. Hierzu besuchte Kiese Wetter die Ausbildungsmission der Bundeswehr in Erbil sowie Stellungen der Peshmerga nordöstlich von Mossul.



*Andrea Matteo
Fontana, EU-
Botschafter in
Jordanien, nahm
ebenfalls an der
Konferenz teil.*

JORDANIEN: ABSCHLUSSKONFERENZ DES EU-PROJEKTS "TOWARDS A MULTI-PARTY DEMOCRACY"

Am 7. März fand unter der Schirmherrschaft des jordanischen Premierministers Dr. Hani Al-Mulki die letzte Veranstaltung des KAS-EU-Projekts „Towards a Multi-Party Democracy: Strengthening the Role of Political Parties in Jordan's Democratic Reform Process“ in Jordanien statt. Das Projekt stand im Zeichen des 2011 angestoßenen Reformprozesses des Königshauses, das politische System in Jordanien schrittweise in eine Mehrparteiendemokratie mit parlamentarischer Regierungsbildung zu überführen. Das Projekt konnte während seiner gut vierjährigen Laufzeit beachtliche Erfolge erzielen. Mit knapp 100 Veranstaltungen bot es die erste überparteiliche Plattform Jordaniens, die mit zahlreichen Initiativen und Maßnahmen positiv auf den Demokratisierungsprozess einwirken konnte. Über 1.000 Repräsentanten politischer Parteien, politische Aktivisten und Vertreter der Zivilgesellschaft wurden fortgebildet. Die Rolle von Frauen und die Partizipation von Jugendlichen in politischen Parteien konnten entscheidend gestärkt, das Parteiengesetz verbessert und ein erstes regionales Netzwerk zu Parteien in Tunesien, Marokko und der Türkei etabliert werden.

IRAKISCHE DELEGATION AUS BAGDAD ZU GAST IN HAMBURG UND BERLIN

Die deutsch-irakischen Beziehungen sind mit der direkten Unterstützung einer Kriegspartei seit 2014 in eine neue Phase getreten. Deutschland ist einer der größten internationalen Geber im Irak und engagiert sich militärisch im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat. Zur weiteren Stärkung dieser Beziehungen empfingen das KAS-Auslandsbüro Syrien/Irak und das Team Inlandsprogramme im Januar 2017 erstmalig eine irakische Delegation aus Bagdad in Deutschland. Teilnehmer der Delegation waren irakische Regierungsbeamte, Parlamentarier und Vertreter der Zivilgesellschaft. Bei dem Besuch wurden insbesondere die Möglichkeiten der deutsch-irakischen Zusammenarbeit im Hinblick auf die Bekämpfung von Fluchtursachen und die Reintegration von Flüchtlingen diskutiert. Des Weiteren erhielten die irakischen Vertreter einen Überblick über das politische System der Bundesrepublik Deutschland und die Leitlinien deutscher Irakpolitik. Auf dem Programm standen u.a. Gespräche im Bundeskanzleramt, im Auswärtigen Amt, im Verteidigungsministerium, im Entwicklungsministerium und im Deutschen Bundestag.



Der Turniergewinner, der Jugendflügel der Partei Justice Forum/JEEMA, feierte ausgelassen seinen Sieg.



■ DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG

NEUE PLATTFORM FÜR JUNGE UND AUFSTREBENDE FÜHRUNGSKRÄFTE IN UGANDA



Gemeinsam mit dem Leo Africa Institute hat die KAS Uganda das „Young and Emerging Leaders Project“ gestartet. Ziel ist die Förderung von Führungsqualitäten junger Eliten in der Region. Dabei wird mit Jungunternehmern, Künstlern, Medienschaffenden, Aktivisten aus der Zivilgesellschaft sowie Mitarbeitern staatlicher Einrichtungen eine

heterogene Zielgruppe angesprochen, die nur selten in ähnlicher Konstellation zusammenkommt. Nach einem Begegnungsforum im November 2016 fand im Februar die erste mehrtägige Fortbildung für die Teilnehmer des ersten Jahrgangs statt. Sie hatten sich in einem kompetitiven Auswahlprozess gegen ihre Mitbewerber durchgesetzt. Das Projekt sieht vor, durch eine Reihe von Seminaren jährlich einer Gruppe von rund 20 jungen Führungskräften einen Austausch zu den Werten einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu ermöglichen.

BRASILIEN: XIII. INTERNATIONALE SICHERHEITS- KONFERENZ „FORTE DE COPACABANA“

Am 13. und 14. Oktober 2016 fand in Rio de Janeiro die XIII. Internationale Sicherheitskonferenz „Forte de Copacabana“ statt. Unter dem Titel „*Might and Right in World Politics*“ diskutierten Botschafter, Militärs und Politiker, darunter der brasilianische Verteidigungsminister Raul Jungmann und der EU-Sondergesandte für den Friedensprozess in Kolumbien Eamon Gilmore, verschiedene regionale Perspektiven. Auch Themen wie die neue internationale politische Ordnung und die europäisch-brasilianische Rolle hierbei wurden ausführlich besprochen. Die Konferenz gilt international als eines der wichtigsten Diskussionsforen lateinamerikanischer Sicherheitspolitik. Die Weltereignisse der vergangenen Monate haben die Notwendigkeit eines Dialogs zwischen Südamerika und Europa in diesen Fragen noch verstärkt.



Raul Jungmann,
Verteidigungsminister
Brasiliens

KOMMUNALKONGRESS – DEZENTRALISIERUNG DER MONGOLEI AUF DEM PRÜFSTAND

Die Mongolei hat sich 1990 auf den Weg Richtung Demokratie und Marktwirtschaft gemacht. Damit verbunden war auch das Bekenntnis zur Dezentralisierung des Staatsaufbaus. Zwar wurde seitdem viel erreicht, es gibt aber noch einiges zu tun. Zu diesem Urteil kamen die Teilnehmer des Kommunalkongresses am 6. Dezember 2016. Die Konferenz, die in Kooperation mit der Regierungskanzlei der Mongolei und dem Verband für kommunale Selbstverwaltung MALA organisiert wurde, befasste sich mit den Chancen der Dezentralisierung für die Entwicklung des ländlichen Raums. Neben den Gouverneuren der Provinzen, den Vorsitzenden der lokalen Parlamente, Abgeordneten, Regierungsvertretern und Wissenschaftlern war aus Deutschland auch der Rektor der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl, Prof. Paul Witt, zu Gast. Er machte deutlich, dass der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands u.a. durch den dezentralen Staatsaufbau und das Subsidiaritätsprinzip bedingt ist.



v.l.: Dr. Daniel Schmücking (KAS Mongolei), Prof. Paul Witt, Su. Batbold, Bürgermeister von Ulaanbaatar, Byambasuren, stellv. Leiter der Regierungskanzlei

SPORT FÖRDERT TOLERANZ

FUSSBALLTURNIER DES UGANDISCHEN PARTEIENNACHWUCHSES

Ein für KAS-Veranstaltungen ungewöhnliches Bild bot sich, als am 22. Oktober 2016 in Kampala Vertreter der Jugendflügel der wichtigsten ugandischen Parteien zusammenkamen, um in einem Fußballturnier ihre Kräfte zu messen. Ziel des Turniers war, in Zeiten der politischen Polarisierung ein Zeichen für Frieden und Toleranz zu setzen. Es war das erste Mal, dass sich Jugendliche über Parteigrenzen hinweg zu einer solchen Veranstaltung trafen und sich für Fair Play im Sport und Jugendengagement in der Politik einsetzten. Kooperationspartner der Veranstaltung war die von der KAS initiierte „Inter-Party Youth Platform“ (IYOP), ein Forum für den parteiübergreifenden Dialog zwischen Nachwuchspolitikern.



U Thein Swe, Minister für Arbeit, Einwanderung und Bevölkerung Myanmars, stellte die Grundzüge der Regierungspolitik zum Thema Migration dar.

DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG ■

HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN DURCH MIGRATION IN MYANMAR

„Future Directions of Myanmar Migration: Challenges and Opportunities for Development“ lautete der Titel eines Workshops, den die KAS am 27. Februar in der myanmarischen Hauptstadt Naypyitaw gemeinsam mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) sowie dem myanmarischen Ministerium für Arbeit, Einwanderung und Bevölkerung durchführte. Der Workshop bot eine wichtige Gelegenheit für Vertreter aus Regierung und Zivilgesellschaft, sich über jüngste Entwicklungen der Migration in Myanmar und der Region Südostasien auszutauschen und deren Implikationen für die Entwicklung des Landes zu analysieren. Auch ging es darum, die Chancen und Risiken, die sich durch Migration eröffnen, besser wahrzunehmen bzw. zu minimieren.

VIETNAM: E-GOVERNANCE ALS WEGBEREITER FÜR GOOD GOVERNANCE?

Die Anwendung von Informationstechnologie in der staatlichen Verwaltung gehört zu den Prioritäten der vietnamesischen Regierung. Doch obwohl Vietnam sich im Bereich der sogenannten E-Governance in den letzten Jahren deutlich verbessert hat, liegen die elektronischen Anwendungen hinter den Erwartungen zurück. Daher lud die KAS in Kooperation mit dem

Zentrum für Internationale Studien (SCIS) im Januar 2017 Funktionäre und Führungspersonen aus dem 12. Bezirk von Ho Chi Minh Stadt zu einem Workshop ein. Nach einem Vortrag von Prof. Vo Tri Hao von der Wirtschaftsuniversität in Ho Chi Minh Stadt über die Rahmenbedingungen gelungener elektronischer

Verwaltung diskutierten die Abgeordneten des 12. Bezirks und die anwesenden Experten über Stärken und Schwächen des jetzigen Systems und erarbeiteten realitätsnahe Zukunftsmodelle. Zentrale Themen waren dabei die rechtlichen Grundlagen von E-Governance, Transparenz, Partizipation der Bevölkerung sowie der Schutz der Privatsphäre.



In der Debatte um E-Governance war auch die Meinung des Publikums gefragt.

GEDENKTAGE – ERINNERUNG ALS MISSION

Unter dem Motto „Erinnerung als Mission“ organisierten die KAS Albanien und das Institut für Demokratie, Medien und Kultur vom 24. bis 28. Oktober 2016 in Tirana die „Gedenktage“. Nationale und internationale Institutionen, die sich mit Erinnerungsarbeit beschäftigen, präsentierten dabei ihre Projekte. Die Erinnerungswoche konzentrierte sich auf folgende Schwerpunkte: Aufbau einer gemeinsamen Agenda der verschiedenen Akteure, die sich mit Erinnerungsstudien beschäftigen, Revision von Schulcurricula mit Blick auf die Zeit der Diktatur, Steigerung des Jugendbewusstseins über die Vergangenheit mithilfe kreativer Projekte sowie Öffnung der Akten. Als Gastreferentin war die stellvertretende Vorsitzende der KAS und ehemalige Landesbeauftragte des Freistaats Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR, Hildigund Neubert, eingeladen.

ALBANIEN: POLITICS AND BARGAINING



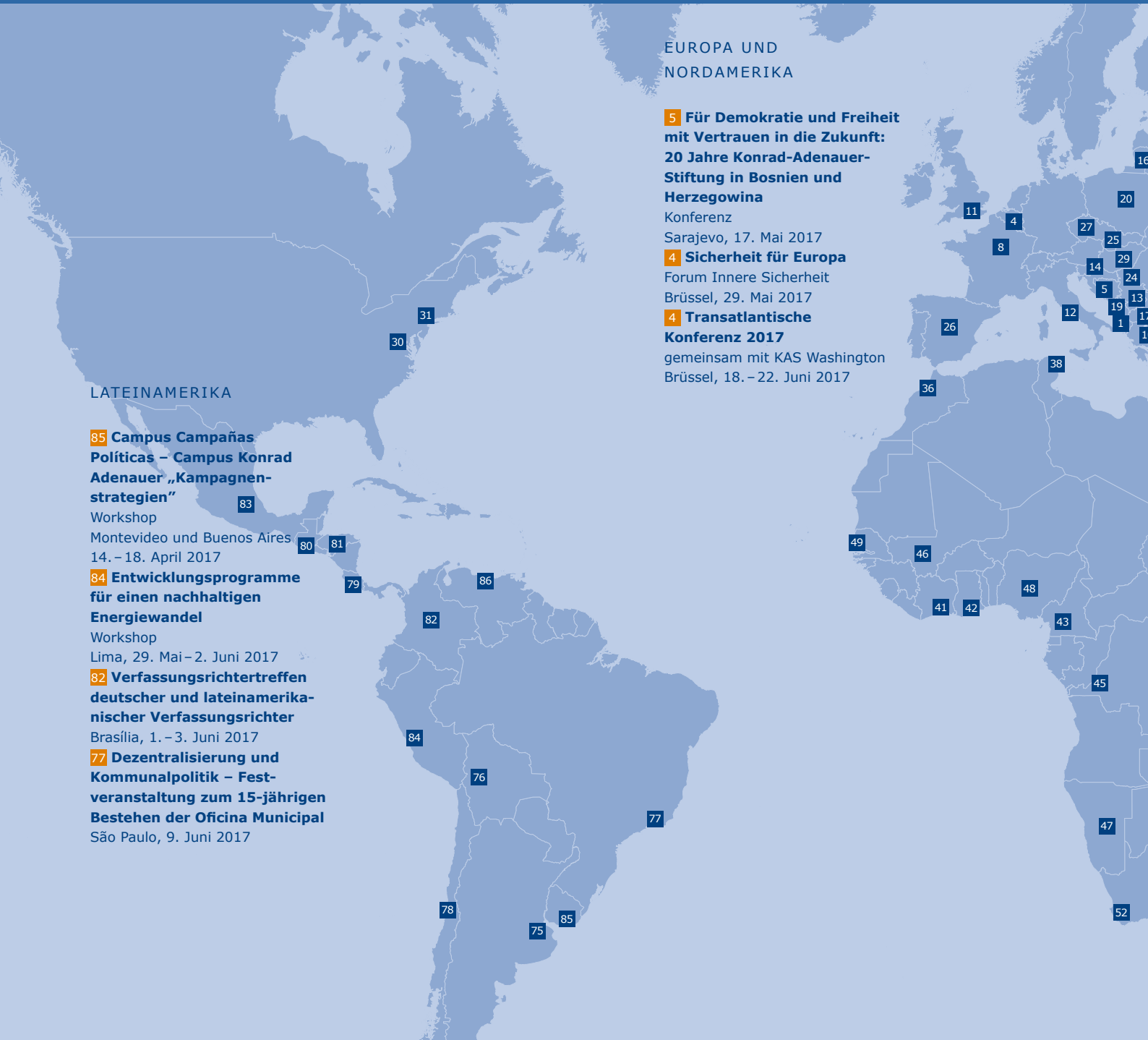
Im Workshop ging es u.a. um das Thema der Konsensfindung im parteipolitischen Alltag.

Im Rahmen gesellschaftlicher Transformationsprozesse spielt die Stärkung von Pluralismus und Partizipation eine wichtige Rolle. Vor diesem Hintergrund veranstaltete die KAS Albanien gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Korca und Shkoder ein Training für junge Akteure in der Kommunalpolitik. Die Veranstaltung diente dazu, junge Menschen für die aktive Interessenvertretung auf lokaler Ebene zu schulen. Das Training wurde in Zusammenarbeit mit der CIVIC GmbH aus Deutschland in Form eines Rollenspiels durchgeführt. Mit dieser Trainingsform konnten Aufgaben und Herausforderungen lokaler Politik besonders gut sichtbar gemacht und Handlungsmöglichkeiten erarbeitet werden.

Ausgewählte Veranstaltungen

(Die Zahlen im Quadrat bezeichnen das verantwortliche Auslandsbüro, D eine Veranstaltung in Deutschland)

■ **KAS-PANORAMA**



EUROPA UND NORDAMERIKA

5 Für Demokratie und Freiheit mit Vertrauen in die Zukunft: 20 Jahre Konrad-Adenauer-Stiftung in Bosnien und Herzegowina

Konferenz
Sarajevo, 17. Mai 2017

4 Sicherheit für Europa
Forum Innere Sicherheit
Brüssel, 29. Mai 2017

4 Transatlantische Konferenz 2017
gemeinsam mit KAS Washington
Brüssel, 18. – 22. Juni 2017

LATEINAMERIKA

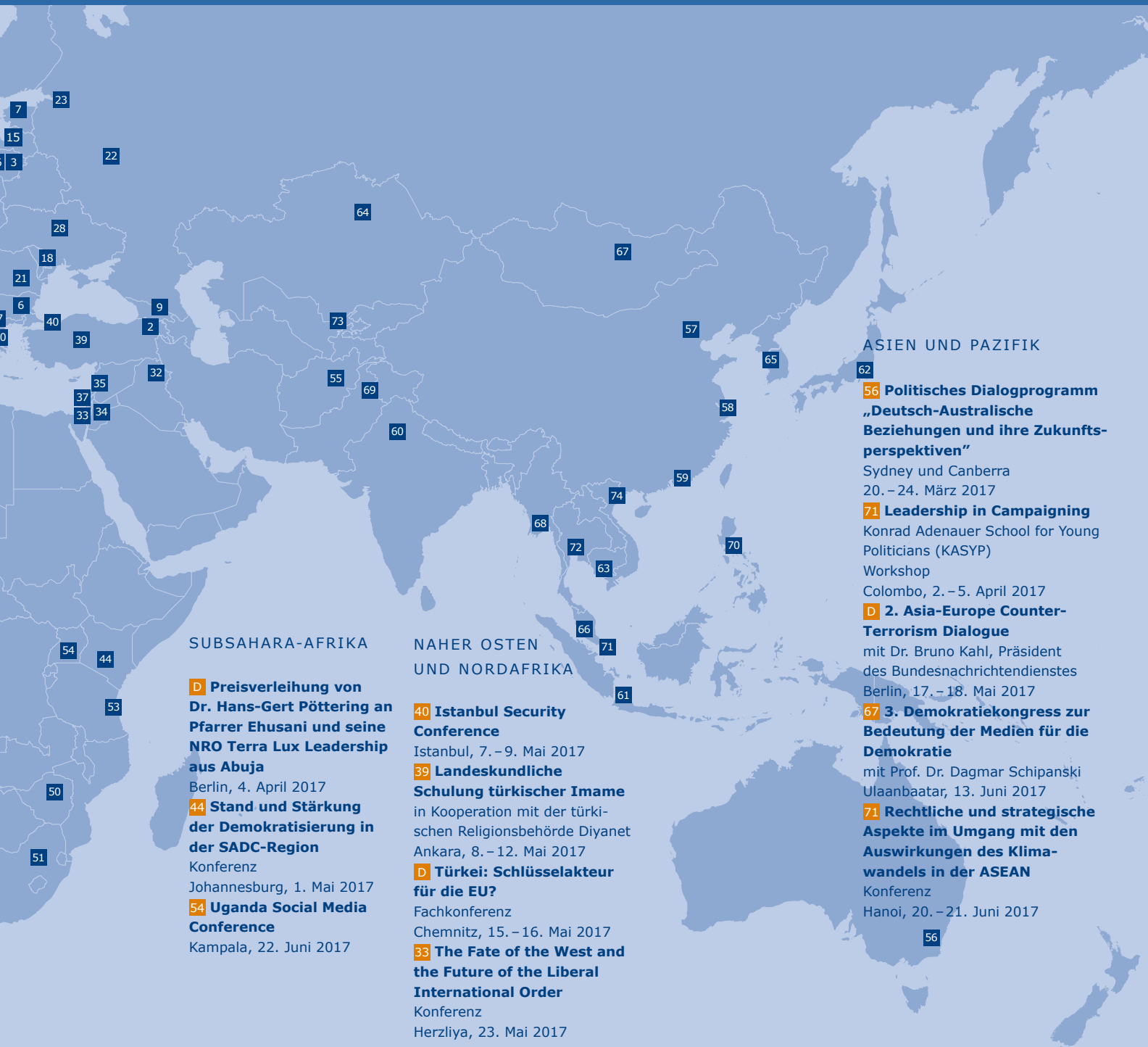
85 Campus Campañas Políticas – Campus Konrad Adenauer „Kampagnenstrategien“
Workshop
Montevideo und Buenos Aires
14. – 18. April 2017

84 Entwicklungsprogramme für einen nachhaltigen Energiewandel
Workshop
Lima, 29. Mai – 2. Juni 2017

82 Verfassungsrichtertreffen deutscher und lateinamerikanischer Verfassungsrichter
Brasília, 1. – 3. Juni 2017

77 Dezentralisierung und Kommunalpolitik – Festveranstaltung zum 15-jährigen Bestehen der Oficina Municipal
São Paulo, 9. Juni 2017

AUSLANDS- UND VERBINDUNGSBÜROS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG | EUROPA UND NORDAMERIKA **1** Albanien, Tirana
Herzegowina, Sarajevo **6** Bulgarien, Sofia (Auslandsbüro und Regionalprogramm Medien) **7** Estland, Tallinn **8** Frankreich, Paris **9** Georgien, Tiflis (Region
Zagreb **15** Lettland, Riga (Auslandsbüro für die Baltischen Staaten und Skandinavien) **16** Litauen, Vilnius **17** Mazedonien, Skopje **18** Moldau, Chişinău **19** M
St. Petersburg **24** Serbien, Belgrad **25** Slowakei, Bratislava **26** Spanien, Madrid **27** Tschechien, Prag **28** Ukraine, Kiew **29** Ungarn, Budapest **30** **31** USA
34 Jordanien, Amman (Auslandsbüro und Regionalprogramm Golf-Staaten) **35** Libanon, Beirut (Auslandsbüro Libanon, Auslandsbüro Syrien/Irak und regionales Re
gramm Politischer Dialog südliches Mittelmeer) **39** **40** Türkei, Ankara und Istanbul | **SUBSAHARA-AFRIKA** **41** Elfenbeinküste, Abidjan (Regionalprogramm
und Klimawandel in Subsahara-Afrika) **44** Kenia, Nairobi (Auslandsbüro, Programm zur Dezentralisierung und regionales Rechtsstaatsprogramm Subsahara-Afrika
Johannesburg (Auslandsbüro und Regionalprogramm Medien) und Kapstadt **53** Tansania, Dar es Salaam **54** Uganda/Südsudan, Kampala | **ASISN UND PAK**
Klimawandel Asien-Pazifik) **60** Indien, Neu Delhi **61** Indonesien, Jakarta **62** Japan, Tokio (Auslandsbüro und Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik Asien)
69 Pakistan, Islamabad **70** Philippinen, Manila **71** Singapur (3 Regionalprogramme: Politik, Medien und Rechtsstaat) **72** Thailand, Bangkok **73** Usbekistan, Tas
Regionalprogramm Politische Partizipation Indigener in Lateinamerika) **77** Brasilien, Rio de Janeiro **78** Chile, Santiago de Chile (Auslandsbüro und Regionalprogr
(Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika) **83** Mexiko, Mexiko-Stadt **84** Peru, Lima (Auslandsbüro und Regionalprogramm Energiesicher



SUBSAHARA-AFRIKA

D Preisverleihung von Dr. Hans-Gert Pöttering an Pfarrer Ehusani und seine NRO Terra Lux Leadership aus Abuja

Berlin, 4. April 2017

44 Stand und Stärkung der Demokratisierung in der SADC-Region

Konferenz

Johannesburg, 1. Mai 2017

54 Uganda Social Media Conference

Kampala, 22. Juni 2017

NAHER OSTEN UND NORDAFRIKA

40 Istanbul Security Conference

Istanbul, 7.–9. Mai 2017

39 Landeskundliche Schulung türkischer Imame

in Kooperation mit der türkischen Religionsbehörde Diyanet Ankara, 8.–12. Mai 2017

D Türkei: Schlüsselakteur für die EU?

Fachkonferenz

Chemnitz, 15.–16. Mai 2017

33 The Fate of the West and the Future of the Liberal International Order

Konferenz

Herzliya, 23. Mai 2017

ASIEN UND PAZIFIK

56 Politisches Dialogprogramm „Deutsch-Australische Beziehungen und ihre Zukunftsperspektiven“

Sydney und Canberra
20.–24. März 2017

71 Leadership in Campaigning
Konrad Adenauer School for Young Politicians (KASYP)
Workshop

Colombo, 2.–5. April 2017

D 2. Asia-Europe Counter-Terrorism Dialogue

mit Dr. Bruno Kahl, Präsident des Bundesnachrichtendienstes Berlin, 17.–18. Mai 2017

67 3. Demokratiekongress zur Bedeutung der Medien für die Demokratie

mit Prof. Dr. Dagmar Schipanski Ulaanbaatar, 13. Juni 2017

71 Rechtliche und strategische Aspekte im Umgang mit den Auswirkungen des Klimawandels in der ASEAN

Konferenz

Hanoi, 20.–21. Juni 2017

1 Armenien, Eriwan 2 Armenien, Eriwan 3 Belarus (Bürositz: Litauen, Vilnius) 4 Belgien, Brüssel (Europabüro und Multinationaler Entwicklungsdialo) 5 Bosnien und Herzegowina, Sarajewo (Regionalprogramm Politischer Dialog Südkaucasus) 6 Bosnien und Herzegowina, Sarajewo (Regionalprogramm Politischer Dialog Südkaucasus) 7 Bosnien und Herzegowina, Sarajewo (Regionalprogramm Politischer Dialog Südkaucasus) 8 Bosnien und Herzegowina, Sarajewo (Regionalprogramm Politischer Dialog Südkaucasus) 9 Bosnien und Herzegowina, Sarajewo (Regionalprogramm Politischer Dialog Südkaucasus) 10 Griechenland, Athen 11 Großbritannien/Irland, London 12 Italien, Rom 13 Kosovo, Pristina 14 Kroatien, Zagreb (Regionalprogramm Politischer Dialog Südkaucasus) 15 Kroatien, Zagreb (Regionalprogramm Politischer Dialog Südkaucasus) 16 Kroatien, Zagreb (Regionalprogramm Politischer Dialog Südkaucasus) 17 Kroatien, Zagreb (Regionalprogramm Politischer Dialog Südkaucasus) 18 Kroatien, Zagreb (Regionalprogramm Politischer Dialog Südkaucasus) 19 Kroatien, Zagreb (Regionalprogramm Politischer Dialog Südkaucasus) 20 Polen, Warschau 21 Rumänien, Bukarest (Auslandsbüro und Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa) 22 23 Russland, Moskau und New York (Auslandsbüro) und New York (Büro bei den Vereinten Nationen) | NAHER OSTEN UND NORDAFRIKA 32 Irak, Erbil 33 Israel, Jerusalem (Regionalprogramm Naher Osten/Nordafrika) 34 Israel, Jerusalem (Regionalprogramm Naher Osten/Nordafrika) 35 Marokko, Rabat 36 Marokko, Rabat 37 Palästinensische Gebiete, Ramallah 38 Tunesien, Tunis (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika und Sicherheitspolitischer Dialog Subsahara-Afrika) 39 Landeskundliche Schulung türkischer Imame in Kooperation mit der türkischen Religionsbehörde Diyanet Ankara, 8.–12. Mai 2017 40 Istanbul Security Conference Istanbul, 7.–9. Mai 2017 41 Türkei: Schlüsselakteur für die EU? Fachkonferenz Chemnitz, 15.–16. Mai 2017 42 Ghana, Accra 43 Kamerun, Jaunde (Regionalprogramm Energiesicherheit Westafrika) 44 Stand und Stärkung der Demokratisierung in der SADC-Region Konferenz Johannesburg, 1. Mai 2017 45 DR Kongo, Kinshasa 46 Mali, Bamako 47 Namibia/Angola, Windhuk 48 Nigeria, Abuja 49 Senegal, Dakar 50 Simbabwe, Harare 51 52 Südafrika, Johannesburg (Regionalprogramm Zentralasien) 53 Uganda Social Media Conference Kampala, 22. Juni 2017 54 Uganda Social Media Conference Kampala, 22. Juni 2017 55 Afghanistan, Kabul 56 Australien/Pazifik, Canberra 57 58 VR China, Peking und Shanghai 59 Hongkong (Regionalprojekt Energiesicherheit und Klimaschutz (Regionalprogramm Zentralasien) 60 Kasachstan, Astana 61 Indonesien, Jakarta 62 Australien/Pazifik, Canberra 63 Kambodscha, Phnom Penh 64 Kasachstan, Astana 65 Republik Korea, Seoul 66 Malaysia, Kuala Lumpur 67 Mongolei, Ulaanbaatar 68 Myanmar, Rangun (Regionalprogramm Lateinamerika) 69 Vietnam, Hanoi | LATEINAMERIKA 70 Argentinien, Buenos Aires 71 Rechtliche und strategische Aspekte im Umgang mit den Auswirkungen des Klimawandels in der ASEAN Konferenz Hanoi, 20.–21. Juni 2017 72 Vietnam, Hanoi | LATEINAMERIKA 73 Argentinien, Buenos Aires 74 Vietnam, Hanoi | LATEINAMERIKA 75 Argentinien, Buenos Aires 76 Bolivien, La Paz (Auslandsbüro und Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik Lateinamerika) 77 Argentinien, Buenos Aires 78 Argentinien, Buenos Aires 79 Costa Rica, San José 80 Guatemala, Guatemala-Stadt 81 Honduras, Tegucigalpa 82 Kolumbien, Bogotá (Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik Lateinamerika) 83 Kolumbien, Bogotá (Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik Lateinamerika) 84 Kolumbien, Bogotá (Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik Lateinamerika) 85 Uruguay, Montevideo (Auslandsbüro und Regionalprogramm Parteienförderung und Demokratie) 86 Venezuela, Caracas

■ EUROPAPOLITIK

WULFF UND PÖTTERING ZU GAST IN BRÜSSEL

„DIE ZUKUNFT EUROPAS WIRD IN EUROPA ENTSCHIEDEN“

Bundespräsident a.D. Christian Wulff sprach am 9. Februar anlässlich des Neujahrsempfangs der KAS Brüssel unter dem Motto „Mit Vertrauen in die Zukunft“ zum Thema „Ansichten auf Europa 2017“. Angesichts der bestehenden politischen Herausforderungen für Europa erinnerte Wulff daran, dass insbesondere die jungen Europäer nicht zurück zu Nationalismus und Protektionismus wollten. Er empfahl daher, auf die junge Generation zu setzen, um mit ihr die europäische Idee neu zu beleben und „mit Leidenschaft und Entschlossenheit einen europäischen Weg zu gehen“. Dr. Hans-Gert Pöttering, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments und Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, wandte sich mit einem Mut machenden Appell an die rund 400 Gäste. In seiner Rede forderte er ein entschlossenes Engagement für die Fortführung der Europäischen Union. Dr. Pöttering zeigte sich davon überzeugt, dass „wir als Europäerinnen und Europäer und auch als Deutsche wissen, was die EU ausmacht.“ Was Europa auszeichne, seien seine Werte: Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und die Würde des Menschen.



Bundespräsident a.D. Christian Wulff, Dr. Hans-Gert Pöttering und Dr. Hardy Ostry (2., 3., 5. v. l.)

ZWEITE ZAGREBER SICHERHEITSKONFERENZ

Am 22. November 2016 veranstaltete die KAS Kroatien gemeinsam mit der HDZ-Stiftung (ZHDZ) in Anwesenheit des kroatischen Ministerpräsidenten A. Plenković, des Verteidigungsministers D. Krstičević, des Innenministers V. Orepić, des Veteranenministers T. Medved sowie weiterer hochrangiger Politiker, Militärs und Diplomaten eine Konferenz zu den sicherheitspolitischen Herausforderungen Kroatiens. Im Rahmen zweier Podiumsdiskussionen erörterten die Panellisten die sicherheitspolitische Lage in Europa und Kroatien.



Lech Wałęsa, polnischer Staatspräsident a.D., und Dr. Hans-Gert Pöttering

PÖTTERING ZU POLITISCHEN GESPRÄCHEN IN POLEN

Der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. Hans-Gert Pöttering, traf am 17. Januar in Danzig mit dem ehemaligen Staatspräsidenten Polens und Friedensnobelpreisträger, Lech Wałęsa, zu Gesprächen über die aktuelle politische Lage in Polen, Deutschland und Europa zusammen. Dr. Pöttering würdigte die Verdienste des früheren Vorsitzenden der Gewerkschaft *Solidarność* für den demokratischen Umbruch Polens in den 1980er Jahren und den wichtigen Beitrag, den dieser – gemeinsam mit Papst Johannes Paul II. – mit seinem Einsatz für Demokratie und Freiheit in Polen geleistet habe. Am Abend desselben Tages stellte Dr. Hans-Gert Pöttering, der auch Träger des deutsch-polnischen Freundschaftspreises ist, die polnische Übersetzung seiner Autobiografie „Wir sind zu unserem Glück vereint. Mein Europäischer Weg“ im *Solidarność*-Zentrum in Danzig und tags darauf an der Universität Ermland und Masuren in Allenstein vor.

DIE EUROPÄISCHE UNION UND DIE KRISE IN VENEZUELA

Unter Beteiligung hochrangiger Vertreter aus den europäischen Institutionen veranstaltete die KAS am 19. November 2016 in Brüssel eine Dinner-Debatte zum Thema „Die politische und humanitäre Krise in Venezuela“. Nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden der Delegation für die Beziehungen mit den Ländern der Andengemeinschaft des Europäischen Parlaments, Luis De Grandes Pascual MdEP, erläuterten die beiden venezolanischen Kongressabgeordneten Ángel Alvarado und José Guerra die bedrückende humanitäre Krise infolge von Korruption und Mangelwirtschaft. Selbst die Grundversorgung mit Medikamenten und Nahrungsmitteln sei für weite Teile der Bevölkerung nicht mehr gewährleistet, so die Abgeordneten. Hinzu käme eine politische Krise, die sich insbesondere in einer systematischen Behinderung des Parlaments und der massiven Repression oppositioneller Politiker sowie regierungskritischer Medien und Zivilgesellschaft äußere. Die beiden venezolanischen Vertreter baten die Teilnehmer um Solidarität und Unterstützung durch die EU.



v.l.: Ángel Alvarado, Luis De Grandes Pascual MdEP, Markus Rosenberger, Teamleiter Lateinamerika der KAS, und Sabina Wölkner, Leiterin des Programms Multinationaler Entwicklungsdialog in Brüssel

VOM KRIEG ZUR VERSÖHNUNG

INTERRELIGIÖSER DIALOG IN BOSNIEN UND HERZEGOWINA

Auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Katholisch-Theologischen Fakultät in Sarajevo trafen sich die geistlichen Oberhäupter der vier größten Religionsgemeinschaften in Bosnien und Herzegowina zu einer Podiumsdiskussion. Das Treffen war das erste seiner Art seit 20 Jahren und fand unter großem Medienaufgebot statt.

Die vier hochrangigen Vertreter der muslimischen Gemeinde, der serbisch-orthodoxen Kirche, der römisch-katholischen Kirche und der jüdischen Gemeinde sandten von der Podiumsdiskussion eine Botschaft des Friedens aus: Sie betonten, dass jede Religion einem Auftrag folgen müsse, nämlich dass die Würde des Menschen, gleich welcher Religion er zugehöre, gesichert und geschützt werden solle. Die Veranstaltung war für die hochrangigen Würdenträger auch eine Möglichkeit, sich zu treffen und darüber zu sprechen, wie sie zur Erhaltung des

Friedens beitragen können, der in Bosnien und Herzegowina noch immer fragil ist.



S.E. Kardinal Vinko Puljic, S.E. Husein Kavazovic,
S.E. Diözesanbischof Grigorije, Jakob Finci

INTERNATIONALER PARTEIENDIALOG

HOCHRANGIGE LATEINAMERIKANISCHE PARTEIVERTRETER AUF DEM CDU-BUNDESPARTEITAG IN ESSEN

Die lateinamerikanische Delegation mit der CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

Angesichts des politischen Wandels in Lateinamerika, der allmählich die linkspopulistischen Regierungen ablöst, trafen sich hochrangige Parteivertreter aus verschiedenen lateinamerikanischen Ländern vom 30. November bis 7. Dezember 2016 auf Einladung der KAS in Berlin und Essen. Neben

Gesprächen mit hochrangigen Vertretern der CDU-Bundesgeschäftsstelle sowie des Bundestages analysierten die Teilnehmer in einem Workshop die

aktuelle politische Entwicklung in Lateinamerika und identifizierten gemeinsame politische Positionen. Dabei standen die Analyse der eigenen Stärken und Schwächen, die Rolle parteinaher Bildungsinstitute sowie die internationale Parteienkooperation im Mittelpunkt.

Die anschließende Teilnahme am Bundesparteitag der CDU in Essen bot den Teilnehmern einen Einblick in die innerparteiliche Demokratie und die aktuellen Herausforderungen der Volkspartei CDU im Wahljahr 2017. Am Rande des Parteitags hatten die Teilnehmer die Gelegenheit zu Gesprächen mit Delegierten und Funktionsträgern der CDU sowie mit weiteren geladenen internationalen Parteivertretern.





*Thomas Volk,
Leiter der KAS
Senegal, mit
Premierminister
Dionne*

■ WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG

PREMIERMINISTER SENEGALS LOBT WIRTSCHAFTSPOLITISCHES ENGAGEMENT DER STIFTUNG

Im Rahmen des diesjährigen Wirtschaftsforums des größten senegalesischen Arbeitgeberverbandes CNP (Conseil National du Patronat) am 21. und 22. Februar in Dakar traf der Leiter des KAS-Auslandsbüros im Senegal, Thomas Volk, den senegalesischen Premierminister, Mohamed Dionne. Neben einer allgemeinen Vorstellung der Stiftungsarbeit im Senegal ging es in dem Gespräch vor allem um Fragen der Sozialen Marktwirtschaft. Dionne lobte die Arbeit der Stiftung und hob in seiner Ansprache vor über 1.000 Vertretern aus Wirtschaft und Politik hervor, wie wichtig die nunmehr seit 25 Jahren währende Partnerschaft zwischen KAS und CNP für die Entwicklung der senegalesischen Wirtschaft sei. Gemeinsam mit der KAS organisierte der CNP während seiner zweitägigen Jahreshauptversammlung eine Podiumsdiskussion zum Thema Public-private-

Partnership und einen Gesprächskreis über die wirtschaftspolitischen Potenziale der Öl- und Gasfunde vor der Küste Senegals. Das Wirtschaftswachstum verzeichnete 2016 mit knapp sieben Prozent den höchsten Anstieg seit zwölf Jahren.



*Die Jahresver-
sammlung des
KAS-Partners CNP
verzeichnete in
diesem Jahr mit
mehr als 1.000
Teilnehmern einen
Besucherrekord.*

NETZWERK ZUR EURASISCHEN WIRTSCHAFTSUNION GEGRÜNDET

Die wirtschaftlichen und geopolitischen Aspekte der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) standen im Mittelpunkt eines Seminars mit hochrangigen Exper-

ten aus Kasachstan, Belarus und Deutschland, das die KAS Kasachstan in Zusammenarbeit mit der KAS Belarus im Oktober 2016 erstmalig veranstaltete. Von deutscher Seite waren u.a. der Parlamentarische Geschäftsführer Manfred Grund MdB (CDU/CSU) und Thomas Köhler, Leiter des Referats Strategie und Planung im Bundesministerium der Finanzen, vertreten. Aus Kasachstan und Belarus nahmen Vertreter aus Politik, Denkfabriken und Behörden teil. Im Zentrum der Diskussionen standen die wirtschaftlichen Auswirkungen der EAWU auf die Mitgliedstaaten. Die Teilnehmer stimmten darin überein, dass Russland den größten Nutzen aus dem gemeinsamen Markt ziehe und das Wirtschaftsbündnis dominiere. Auch geopolitisch stärke Russland über die EAWU seinen Einfluss auf die Mitgliedstaaten. Zudem wurde festgestellt, dass die Erwartungen der einzelnen Staaten an den Verbund heterogen seien. Das Expertennetzwerk wird seine Arbeit 2017 in Minsk fortsetzen.



*Netzwerk zur Eurasischen Wirtschaftsunion
mit MdB Manfred Grund (1. Reihe, 2.v.l.)*



v.r.: Dr. Hans-Peter Klös, Geschäftsführer des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Dr. Kristina Hucko (KAS Inlandsprogramme), Olaf Jacob, Leiter der KAS Argentinien, Abgeordnete Silvina Frana (FPV), Sozialexperte Daniel Arroyo (FR), Abgeordnete Samanta Acerenza (PRO), Senatorin Laura Rodríguez Machado (PRO), Gabriel Castelli, Vizeminister für soziale Entwicklung, Werner Müller (Dolmetscher)

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG ■

HOCHRANGIGE ARGENTINISCHE SOZIALPOLITIKER ZU BESUCH IN DEUTSCHLAND

Im Rahmen eines Studien- und Dialogprogramms trafen hochrangige Politiker aus Argentinien zwischen dem 21. und 25. November 2016 in Köln, Bonn und Berlin mit deutschen Sozialexperten zusammen. An dem Treffen nahmen u.a. Abgeordnete der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, der Geschäftsführer des Instituts der Deutschen Wirtschaft sowie Vertreter der deutschen Gewerkschaften teil. Im Rahmen ihres Aufenthalts besuchten die Sozialpolitiker aus Argentinien auch das Bundesinstitut für Berufsbildung in Bonn sowie eine Jugend-Berufsagentur in Berlin. Die Anreizschaffung für mehr Beschäfti-

gung, die Einführung des Mindestlohns sowie die aktuelle Rentendiskussion in Deutschland waren zentraler Bestandteil des Dialogs.

Die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik gehört zu den wichtigen Zukunftsthemen in Argentinien, wo unter dem neuen Präsidenten Mauricio Macri einschneidende Wirtschaftsreformen umgesetzt wurden. Zur Delegation gehörten Politiker der Regierungspartei PRO sowie der wichtigsten Oppositionsparteien FPV und FR. Die Delegation wurde von Olaf Jacob, Leiter des KAS-Auslandsbüros Argentinien, begleitet.



Kolinda Grabar-Kitarović, Präsidentin der Republik Kroatien

KROATIEN: FRAUEN UND UNTERNEHMERTUM

Gemeinsam mit der KAS Kroatien veranstaltete das Wirtschaftsmagazin „Lider“ am 1. Dezember 2016 in Zagreb die 6. Internationale Konferenz „Frauen und Unternehmertum“. In Anwesenheit der kroatischen Staatspräsidentin Kolinda Grabar-Kitarović und von etwa 300 erfolgreichen kroatischen Unternehmerinnen wurde im Rahmen von Interviews und zwei Podiumsdiskussionen über die Rolle von Frauen in der Wirtschaft und über individuelle Karriereerfahrungen in der kroatischen Geschäftswelt diskutiert.

INTERNATIONALER HACKATHON IM GAZASTREIFEN

Am 1. Dezember 2016 organisierte der lokale Start-up-Förderer Gaza Sky Geeks in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung einen dreitägigen Hackathon im Gazastreifen. Bei solchen Treffen entwickeln und testen Designer, Coder und Jungunternehmer IT-Lösungen und tauschen sich über ihre Arbeit aus. Unter dem provokanten Titel „Lady Problems“ versammelten sich junge Unternehmerinnen, um ihre Teilhabe am Wirtschaftsleben gezielt zu fördern. Während Hackathons eine Frauenquote von durchschnittlich etwa 20 Prozent aufweisen, nahmen an der Veranstaltung von KAS und Gaza Sky Geeks fast ausschließlich Frauen teil.



Teilnehmerinnen des Hackathon der KAS Ramallah und Gaza Sky Geeks

Die Tech-Start-up-Szene Gazas hat mittlerweile auch das Interesse des Silicon Valley geweckt. Tech-Gurus von Google, SoundCloud, Microsoft und anderen Größen der Branche haben den Gazastreifen besucht, um sich ein Bild von der dortigen Start-up-Szene zu machen. Der Hackathon rief daher insgesamt große Resonanz im Gazastreifen, der arabischen Welt, aber auch in der internationalen Tech-Branche hervor.



RECHTSSTAAT

KONFERENZ EUROPÄISCHER VERFASSUNGSRECHTLER IN DANZIG

Vor dem Hintergrund der in Polen andauernden Krise des Verfassungsgerichtes unterstützte das KAS-Auslandsbüro in Warschau die hochrangig besetzte internationale Konferenz „Das Verfassungstribunal als Wächter der Verfassungswerte“ am 17. Oktober 2016 in Danzig, die vom Stadtpräsidenten Danzigs, Paweł Adamowicz, organisiert wurde. An der Konferenz nahmen u.a. der Präsident des polnischen Verfassungs-

gerichts, Prof. Andrzej Rzepliński, der Vorsitzende der Venedig-Kommission, Dr. Gianni Buquicchio, sowie weitere Präsidenten europäischer Verfassungsgerichte teil. Angesichts des laufenden Rechtsstaatsverfahrens der EU-Kommission gegenüber Polen konnte diese Veranstaltung einen grundlegenden Beitrag zur öffentlichen Debatte über Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung in Polen leisten.

v.l.: Prof. Andrzej Rzepliński, Präsident des polnischen Verfassungsgerichts, Prof. Koen Lenaerts, Präsident des Europäischen Gerichtshofs, Dr. Gianni Buquicchio, Vorsitzender der Venedig-Kommission, und Grzegorz Schetyna, Parteivorsitzender der Bürgerplattform (PO)

JAHRESKONFERENZ DER FW DE KLERK STIFTUNG

SÜDAFRIKAS VERFASSUNG UND REGIERUNGSFÜHRUNG AM SCHEIDEWEG

Zur Erinnerung an die Parlamentsrede FW de Klerk am 2. Februar 1990, die das Ende des Apartheidregimes und den Beginn der demokratischen Transition einläutete, luden die KAS Südafrika und die FW de Klerk Stiftung im Februar 2017 zur jährlichen Konferenz ein. Die Konferenzreihe widmet sich aktuellen verfassungsrechtlichen Themen, die für die Förderung und Nachhaltigkeit der südafrikanischen Demokratie von Bedeutung sind. In seiner Rede zeigte sich FW de Klerk besorgt über die Art und Weise, wie die ANC geführte Regierung versuche, die noch immer herrschende soziale Ungleichheit zwischen den Rassen zu überwinden. Vor allem die rassische Quotenregelung sei problematisch, da sie gesellschaftliche Realitäten vernachlässige. In diesem Punkt wurde er von Moeletsi Mbeki, dem Bruder des früheren Präsidenten Thabo Mbeki, unterstützt. Dieser sieht in der gegenwärtigen Strategie der Regierung einen verheerenden Schlag gegen das schwarze Unternehmertum, da sie eine kleine Kaste unproduktiver, aber sehr reicher „Kumpel-Kapitalisten“ schaffe, die fast nur aus ANC-Politikern bestehe. De Klerk und Mbeki forderten, dass die Regierung Schwarze durch bessere Bildungsmöglichkeiten und Kredite für Unternehmensgründungen unterstützen solle, statt immer rigidere Rassenquoten zu erlassen, die Südafrikas Wirtschaft seit Jahren enge Fesseln anlegten.

WORKSHOP ZUR RECHTSSTAATLICHKEIT IN NAMIBIA

RECHTE VON FRAUEN

Anfang 2017 kamen Frauenrechtsaktivistinnen aus Südafrika, Kenia, Nigeria, Simbabwe, Tansania, Sambia und Malawi zu einem vom Rechtsstaatsprogramm Subsahara-Afrika veranstalteten Workshop in Windhoek, Namibia, zusammen. Thema war der in vielen afrikanischen Staaten immer noch schwierige Zugang zu Recht für Frauen. Die intensiven Diskussionen drehten sich um die Schwerpunkte Arbeit und Migration, Grundstücks- und Wohnungseigentum, wirtschaftliche Betätigung, Konfliktlösung, Familie und Gesundheit sowie Klima und Umwelt. Im Ergebnis stimmten die Teilnehmer überein, dass der Schutz von Frauenrechten einer stärkeren Sensibilisierung des öffentlichen Bewusstseins, u.a. durch den Einsatz sozialer Medien, sowie des Aufbaus starker Netzwerke und Koalitionen bedürfe. Best-Practice-Beispiele aus verschiedenen Staaten sollten zusammengestellt und verglichen werden, um konkrete Projekte anzugehen und Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. Schließlich sollten auch Mindeststandards für faire und gerechte Rechtsverfahren definiert werden, da Frauen auch vor Gericht häufig nicht adäquat behandelt werden. Aufbauend auf den Ergebnissen des Workshops soll im nächsten Jahr eine konkretisierende Konferenz durchgeführt werden.



Dr. Melba Wasunna, Strathmore University Nairobi, referierte beeindruckend über ein Gleichstellungsprojekt in Kenia.



Dr. Marie-Christine Fuchs (2.v.r.) begrüßt die Anwesenden zur Diskussion mit Justizministerin Dr. Marisol Pérez Tello (2.v.l.) und dem ehemaligen Generalstaatsanwalt Dr. Yván Montoya (1.v.r.).

RECHTSSTAAT ■

WAS TUN GEGEN DIE KORRUPTION IN PERU?

Angesichts der seit langem bestehenden, im Lichte des Odebrecht-Skandals nun deutlich zu Tage tretenden Korruptionskultur in Lateinamerika möchte das Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika die Debatte um strukturelle, regionale Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung anregen. Dazu fand am 28. Februar ein „Café y Debate“, ein Diskussionsformat des Rechtsstaatsprogramms, in Zusammenarbeit mit der Pontificia Universidad Católica del Perú statt. Nach Impulsvorträgen der peruanischen Justizministerin, Dr. Marisol Pérez Tello, die Antikorruptionsmaßnahmen ganz oben auf der rechtspolitischen Agenda Perus angesiedelt hat, und des ehemaligen Generalstaats-

anwalts, Dr. Yván Montoya, debattierten im geschlossenen Kreis etwa 30 geladene Experten aus akademischen Kreisen, Politik und Zivilgesellschaft.

Die Teilnehmer stimmten überein, dass nur durch Kulturwandel einhergehend mit tiefgreifenden Änderungen des politischen Systems sowie der Justiz nachhaltige Verbesserungen erzielt werden können. Angesichts der gegenwärtigen Medienpräsenz des Themas auf dem ganzen Kontinent und des politischen Drucks seitens der Zivilgesellschaft besteht die historische Chance, den Teufelskreis der Korruption zu durchbrechen.

BUCHVORSTELLUNG

„CAMBODIAN CONSTITUTIONAL LAW“

Im Dezember 2016 lud die KAS Kambodscha mehr als 140 Politiker, Wissenschaftler und Rechtspraktiker zur



Vorstellung des Buches „Cambodian Constitutional Law“ nach Phnom Penh ein. Das Buch wurde von 27 kambodschanischen und internationalen Rechtsexperten verfasst und deckt alle Bereiche der kambodschanischen Verfassung ab. Unter den Gästen waren der Minister für Bildung, SE Dr. Hang Chuon Naron, SKH Prinz Norodom Sirivudh sowie der EU-Botschafter in Kambodscha, George Edgar.

Der öffentlichen Präsentation folgte eine Vielzahl von Veranstaltungen, bei denen innerhalb von drei Tagen mehr als 1.000 Bücher an Institutionen, Rechtswissenschaftler und -praktiker verteilt wurden. Die Publikation soll vor allem Studenten und Professoren als Handbuch dienen, auch um die Qualität der Lehre und der akademischen Forschung zu verbessern. Als erstes seiner Art, ist das Buch auch eine Informationsquelle für Rechtsexperten und -praktiker sowohl in Kambodscha als auch international.

INTERAMERIKANISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE ZEICHNET RECHTSSTAATSPROGRAMM LATEINAMERIKA AUS

Bei der Überreichung der Auszeichnung an den ehemaligen Leiter des Rechtsstaatsprogramms Lateinamerika (bis Juni 2016), Dr. Christian Steiner, im November 2016 in Costa Rica betonte der Präsident des Gerichtshofes, der Brasilianer Roberto Caldas, die Bedeutung der Zusammenarbeit des Programms mit dem Gerichtshof sowie dessen Bemühungen um einen Dialog zwischen den Gerichten der Region. Caldas beschrieb, wie nützlich die Unterstützung und kritisch-konstruktive Begleitung des Programms bei den vielen Aktivitäten der vergangenen Jahre gewesen seien. Besonders hervorgehoben wurden die vom Programm alljährlich veranstalteten Treffen der lateinamerikanischen Verfassungsgerichte und die Herausgabe des Gesetzeskommentars zur Amerikanischen Menschen-



Der Präsident des Interamerikanischen Gerichtshofs Roberto Caldas (l.) und Dr. Christian Steiner bei der Preisverleihung

rechtskonvention. In seiner Dankesrede betonte Steiner, dass die erhaltene Auszeichnung als Motivation für die Fortsetzung der gemeinsamen Arbeit dienen werde. Dr. Marie-Christine Fuchs, Steiners Nachfolgerin, erklärte, sie werde sich mit ganzer Kraft für die Fortsetzung und Vertiefung der Arbeit des Programms einsetzen.

■ MEDIEN

10. SOUTH EAST EUROPE MEDIA FORUM

MEDIENMACHER DISKUTIEREN QUALITÄT IN KRISENZEITEN

Journalisten müssen sich mit Krisen auseinandersetzen – mit denen der Politik und der eigenen Branche. Qualitätsjournalismus in Krisenzeiten war Leitthema des zehnten „South East Europe Media Forum“ (SEEMF) am 21. und 22. November 2016 in Belgrad, organisiert vom KAS-Medienprogramm Südosteuropa. Bei der größten Medienkonferenz des Balkans debattierten 440 Experten über den medialen Umgang mit Flüchtlingen, Krisenberichterstattung und die Ausbildung junger Journalisten.

Zur Eröffnung sprach Serbiens Premierminister Aleksandar Vučić. Er thematisierte Aktivitäten seiner Regierung wie das Informationsfreiheitsgesetz und die Privatisierung von Medien und stellte sich den Fragen internationaler Medien. Bei der Konferenz wurden auch zwei KAS-Publikationen mit Empfeh-

lungen für Krisenreporter und für eine bessere Journalistenausbildung vorgestellt. Zudem wurden investigative Reporter aus Albanien und Belarus mit einem Preis geehrt. Mitveranstalter waren die Südosteuropäische Medienorganisation (SEEMO) und die Zentraleuropäische Initiative (CEI).



Der serbische Premierminister Aleksandar Vučić (3. v.l.) u.a. mit Oliver Vujović (SEEMO), Christian Spahr (KAS-Medienprogramm Südosteuropa) und Norbert Beckmann-Dierkes (KAS Serbien)

KOLUMBIEN NACH DEM FRIEDENSVERTRAG

STIMMEN VON ZEITZEUGEN AUS DEN KONFLIKTZONEN

In den großen Tageszeitungen sind zahlreiche Artikel und Analysen über die Themen bewaffneter Konflikt, Friedensverhandlungen und Friedensabkommen zu lesen. Was jedoch oft fehlt, sind die Stimmen aus den Konfliktzonen selbst. Um den Kolumbianern in diesen Gebieten eine Stimme und ein Gesicht zu geben, veranstaltete die KAS Kolumbien gemeinsam mit dem Redaktionsrat CdR und der Journalisten-Akademie der KAS (JONA) ein Multimedia-Seminar mit dem Titel „Kolumbien auf dem Weg zum Frieden“. Neun Teams, bestehend aus je einem deutschen und einem kolumbianischen Journalisten, lernten in einem Workshop, wie eine Multimedia-Reportage produziert wird. Sie hatten die Gelegenheit, in verschiedenen Regionen des Landes Berichte betroffener Menschen zu hören, deren Geschichte kennenzulernen und die aktuelle Situation in kolumbianischen Regionen zu porträtie-

ren. Die Teilnehmer reisten in Gegenden, in die selten ein Journalist kommt. Das Ergebnis ist ein Querschnitt durch ein faszinierendes und facettenreiches Land in neun Kapiteln. Die Reportagen können unter folgendem Link abgerufen werden: <http://projekte.jonamag.de/colombia/de/>



Demonstration für den Friedensvertrag in Bogotá

30. DEUTSCH-TÜRKISCHES JOURNALISTENSEMINAR



Zum 30. Mal in Folge organisierte das KAS-Auslandsbüro in der Türkei in Kooperation mit dem Türkischen Journalistenverband (TJV) das Deutsch-Türkische Medienseminar vom 26. bis 29. Oktober 2016 in Antalya. Daran nahmen Medienvertreter beider Länder sowie Akademiker renommierter türkischer Universitäten teil, die sich an zwei Tagen über die Medien in Deutschland und der Türkei austauschten, Vergleiche zogen und Unterschiede aufzeigten. In vier Sitzungen wurden aktuelle Themen wie die

Wahlen in den USA, Diskriminierung und Hassreden in den Medien, Pressefreiheit und Medientransparenz im Vergleich Türkei-Deutschland oder das Flüchtlingsabkommen und dessen Auswirkungen auf die EU-Türkei-Beziehungen behandelt und diskutiert. Das Seminar diente neben dem inhaltlichen Austausch auch dazu, gerade vor dem Hintergrund angespannter deutsch-türkischer Beziehungen gegenseitiges Verständnis aufzubauen und bestehende Kontakte zu pflegen bzw. auszuweiten.

UGANDA:

STARKE FRAUEN IN DEN MEDIEN

Die KAS fördert seit langem die Entwicklung unabhängiger und professioneller Medien in Uganda. Eine Herausforderung dabei bleibt die Repräsentation von Frauen in den ugandischen Medien. Die Berichterstattung reproduziert hartnäckige Stereotype und lässt weibliche Perspektiven oft außen vor. Zudem dominieren in den Medienhäusern zumeist Männer in den wichtigsten Positionen. Gleichzeitig gibt es jedoch eine ganze Generation junger und aufstrebender Frauen, die als Medienschaffende an Einfluss gewinnen. Hier setzt das von der KAS initiierte Netzwerk für Frauen in den Medien an, das im Rahmen einer Rundtisch-Diskussion im November 2016 gegründet wurde. Das Netzwerk bringt die wichtigsten weiblichen Akteure in der ugandischen Medienlandschaft zusammen, um gezielt Einfluss zu nehmen und für eine ausgewogenere Berichterstattung zu sensibilisieren. Ein besonderes Augenmerk soll zudem den sozialen Medien gelten, in denen beson-



Zum Auftakt des Netzwerks für Frauen in den Medien kamen prominente Journalistinnen zusammen, darunter auch BBC-Korrespondentin Catherine Byaruhanga (2. v.r.).

ders viele Verletzungen der Würde und Rechte von Frauen beobachtet werden.

ENERGIE-, KLIMA- UND UMWELTPOLITIK



v.l.: Adalbert Jahnz (Europäische Kommission), Dr. Susanne Dröge (SWP Berlin), Johannes Hügel (KAS), Isaac Valero Ladrón (Kabinett Miguel Arias Cañete), Nicolas Loris (Heritage Foundation USA), Xumin Zhang (Chinesische Botschaft)

DIE KLIMAPOLITISCHE ROLLE DER USA UND CHINAS BEI DER UMSETZUNG DES PARISER KLIMAABKOMMENS

„Was auch immer passieren mag, die grüne Energierevolution ist nicht aufzuhalten“. So formulierte es Isaac Valero Ladrón angesichts der Wahl Donald Trumps während einer Debatte über die künftige klimapolitische Ausrichtung der USA und Chinas, die das Programm Multinationaler Entwicklungsdialo in Brüssel am 6. Dezember 2016 veranstaltete. Ladrón, Experte der Europäischen Kommission für internationale Klimaverhandlungen aus dem Kabinett von Kommissar Miguel Arias Cañete, diskutierte mit internationalen Experten über die Implementierung des Pariser Klimaabkommens. Er betonte, dass sich die EU noch stärker für

eine Führungsrolle bei der Umsetzung des Abkommens einsetzen werde. Xumin Zhang, Vertreter der chinesischen Botschaft und ehemaliger Leiter der Umweltbehörde im Außenministerium in Peking, unterstrich den Willen Chinas, Europa in diesem Anliegen zu unterstützen. Nicolas Loris, US-Experte für Umwelt und Klimawandel der Heritage Foundation in Washington, betonte die Unvorhersehbarkeit Donald Trumps für die künftige Klimapolitik. Er erklärte, dass die USA – im Gegensatz zu den internationalen Bestrebungen – Subventionen für fossile Energieträger nicht abbauen wollten.

DEUTSCH-LATEINAMERIKANISCHER ENERGIEWENDE DIALOG

Bereits zum dritten Mal führte das Regionalprogramm Energiesicherheit und Klimawandel in Lateinamerika seinen Deutsch-Lateinamerikanischen Energiewendedialog durch. Dazu trafen sich im Oktober 2016 in Maldonado, Uruguay, über 30 Energieexperten aus mehr als acht verschiedenen lateinamerikanischen Ländern, darunter Vertreter der Latin American Energy Organisation (OLADE) und der Inter-American Development

Bank (IDB), mit deutschen Fachkollegen vom Reiner-Lemoine-Institut (RLI), dem Wirtschaftsrat der CDU und der Technischen Universität Berlin. Im Institut des örtlichen Partners, dem South American Institute for Resilience and Sustainability Studies (SARAS), standen die Themen „Energiewen-

depolitik nach dem Klimaabkommen von Paris“, „Effiziente Energieregulierungspolitik“ und „Innovation im Erneuerbare-Energien-Sektor“ im Vordergrund. Im Anschluss fand eine öffentliche Diskussion in Zusammenarbeit mit dem costa-ricanischen LatinClima-Netzwerk zur Rolle der Privatwirtschaft in der regionalen Ausgestaltung einer nachhaltigen Energiewendepolitik statt.



UN-KLIMAKONFERENZ IN MAROKKO (COP22)

HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN FÜR SÜDAFRIKA

Auf Einladung der KAS Südafrika diskutierten Vertreter des südafrikanischen Umweltministeriums und der marokkanischen Botschaft sowie weitere nationale und internationale Teilnehmer im Dezember 2016 in Johannesburg über die Ergebnisse der letzten UN-Klimakonferenz. Dabei ging es insbesondere um die rechtlichen Auswirkungen auf das südliche Afrika und um die Rolle der Medien bei der Umsetzung des Abkommens. Ziel des Expertengesprächs war, interdisziplinär zusammenzuarbeiten und die durch die Abkommen von Paris und Marrakesch entstandenen Herausforderungen und Möglichkeiten für das südliche Afrika zu identifizieren. Im Ergebnis forderten die Teilnehmer eine intensivere Partnerschaft zwischen den verschiedenen Akteuren. Medien und Zivilgesellschaft hätten die wichtige Aufgabe, Regierungen zur Verantwortung zu ziehen, sodass diese ihre Klimaschutzversprechen auch einhielten.



Unter den Teilnehmern befanden sich auch die Leiterin der Klimaabteilung des südafrikanischen Umweltministeriums sowie der Head of Mission der marokkanischen Botschaft.

NAMEN UND GESICHTER

**Michaela Braun**

- Wird ab Oktober als Trainee im KAS-Auslandsbüro in Südafrika tätig sein
- War zuvor für das Auslandsbüro in Kenia als Projektkoordinatorin tätig
- Kontakt: michaela.braun@kas.de

**Peter Koch**

- Wird ab Oktober als Trainee im Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika tätig sein
- Zuvor Studium der Internationalen Betriebswirtschaftslehre, Geografie und Volkswirtschaftslehre in Fulda, Gießen und Paris
- Kontakt: peter.koch@kas.de

**Daniela Diegelmann**

- Wird ab Juli die Leitung des Regionalprogramms Energie und Klimawandel Nahost übernehmen
- War vorher Länderreferentin im Team Naher Osten und Nordafrika
- Kontakt: daniela.diegelmann@kas.de

**Dr. Anja Schoeller-Schletter**

- Leitet seit April das Rechtsstaatsprogramm Naher Osten/Nordafrika
- War zuvor für eine internationale Rechtsanwaltskanzlei in Kairo tätig
- Kontakt: anja.schoeller-schletter@kas.de

**Christian Echle**

- Wird ab Juni das Regionalprogramm Politikdialog Asien/Singapur leiten
- War zuvor Leiter des Medienprogramms Subsahara-Afrika
- Kontakt: christian.echle@kas.de

**Henning Suhr**

- Leitet seit April das KAS-Auslandsbüro in Südafrika
- War zuvor Leiter des Auslandsbüros in Venezuela
- Kontakt: henning.suhr@kas.de

**Dr. Beatrice Gorawantschy**

- Leitet seit März das Regionalprogramm Australien und Pazifik
- War zuvor Leiterin des Regionalprogramms Politikdialog Asien/Singapur
- Kontakt: beatrice.gorawantschy@kas.de

**Thomas Tödting**

- Wird ab Juni das EU-Programm Dezentralisierung in Kenia leiten
- War zuvor als Senior Consultant für ein Beratungsunternehmen im Bereich Public Affairs und strategische Kommunikation tätig
- Kontakt: thomas.toedting@kas.de



AUSGEWÄHLTE NEUERSCHEINUNGEN

AUS DER HAUPTABTEILUNG **EUROPÄISCHE UND INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**



PANORAMA INSIGHTS INTO ASIAN AND EUROPEAN AFFAIRS: COUNTERING DAESH EXTREMISM – EUROPEAN AND ASIAN RESPONSES

Die Ausgabe analysiert die jüngsten Entwicklungen bezüglich des Daesh-Extremismus und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft in Asien und Europa. Die Kapitel diskutieren aktuelle und zukünftige Bedrohungen, identifizieren die Zielgruppen, die anfällig für extreme militante Ideologie sind, und untersuchen die verschiedenen Rekrutierungsprogramme. Die von verschiedenen Regierungen verabschiedeten Maßnahmen zur Bekämpfung, Entradikalisierung und Rehabilitation werden ebenfalls hervorgehoben. Besondere Aufmerksamkeit gilt den Daesh-Aktivitäten in den jeweiligen Ländern, Reaktionen der lokalen muslimischen Gemeinschaften und den zukünftigen Entwicklungen.



MIGRANTEN AUS SUBSAHARA-AFRIKA IN MAROKKO

Bei dem vorliegenden Band handelt es sich um den ersten einer zweibändigen, quantitativen, empirischen Untersuchung zur aktuellen Situation der Migranten aus Subsahara-Afrika in Marokko. Die Grundlage hierfür bilden 1.400 intensive Befragungen sowohl unter den Migranten mit aktueller Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis als auch den übrigen. Es handelt sich um die bisher umfassendste Befragung dieser Art in Marokko. In ihr spiegeln sich nicht nur die realen sozialen, ökonomischen und politischen Bedingungen wider, sondern auch die persönlichen Wahrnehmungen und die daraus resultierenden Mentalitäts- und Einstellungsänderungen. Damit bietet der Band ein Gesamtbild der aktuellen Situation.



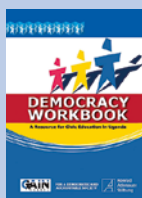
INTEGRATION VON RELIGIÖSEN UND ETHNISCHEN MINDERHEITEN IM OSTEN EUROPAS

Der Tagungsband der beiden KAS-Auslandsbüros Ukraine und Ungarn „Integration von religiösen und ethnischen Minderheiten im Osten Europas“ ist kürzlich erschienen. Das gleichnamige internationale Symposium, das am 13. September 2016 in Uschhorod/Ungwar stattfand, hatte die Zukunft und Organisation der Minderheiten in der Karpatenregion zum Inhalt. Die Publikation kann über das Auslandsbüro Ungarn kostenfrei bezogen werden (ISBN: 978-615-80349-7-5).



INTEGRATION UND ENERGIESICHERHEIT IN LATEINAMERIKA

Das Antreiben der Integration erneuerbarer Träger im Energiesektor in Lateinamerika ist Teil einer Strategie, die den Wandel in Richtung eines kohlenstoffärmeren Energiemix weitgehend absichern und die Bemühungen zur Bekämpfung des Klimawandels mit Maßnahmen für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung verbinden soll. Ziel vorliegender Publikation ist es, den für die Energiepolitik in Lateinamerika zuständigen Behörden und Parlamentsmitgliedern Unterstützung anzubieten und Vorschläge zu unterbreiten, die ihnen helfen, politische Maßnahmen zur Integration und Sicherheit der Energieversorgung in der gesamten Region zu formulieren und durchzuführen.



THE DEMOCRACY WORKBOOK – A RESOURCE FOR CIVIC EDUCATION IN UGANDA

Gemeinsam mit dem zivilgesellschaftlichen Netzwerk GAIN-Uganda hat die Konrad-Adenauer-Stiftung umfangreiche Materialien zur politischen Bildung auf lokaler Ebene erstellt. Kern der Materialien ist ein Arbeitsbuch, das über ansprechende Bildszenen und kurze Hintergrundinformationen die wichtigsten Prinzipien von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf leicht verständliche Weise erklärt. Über eine Partnerschaft mit dem ugandischen Informationsministerium soll das Buch zukünftig landesweit bei der staatlich geförderten politischen Bildung zum Einsatz kommen.



THE AGE OF CONNECTIVITY – ASEM AND BEYOND

Die Studie analysiert die zukünftige Rolle des Asia-Europe Meeting (ASEM) hinsichtlich der Konnektivität zwischen Europa und Asien. Besondere Beachtung finden die Verbesserung der Zusammenarbeit der beiden Regionen in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit sowie die Verbindung von Ideen. Zudem wird der mögliche Einfluss von ASEM auf die globale Ordnungspolitik diskutiert.